

WIRTSCHAFT & ETHIK

Das Magazin der Gesellschaft zur Förderung
von Wirtschaftswissenschaften und Ethik e.V.

32. Jahrgang

1/2022

Inflation



Ingo Pies

**Disruptive Belohnung –
Ein (wirtschafts-)
ethischer Denkanstoß
zur Befriedung des
Ukraine-Kriegs**



Julia Hartmann

**Über Sinn und Unsinn
von nachhaltigen
Lieferketten**

Inhalt:

- 02 Editorial**
Werner Lachmann
Meinung
- 03 Disruptive Belohnung – Ein (wirtschafts-)ethischer Denkanstoß zur Befriedung des Ukraine-Krieg**
Ingo Pies
Meinung
- 04 Krieg und Frieden – im Namen Jesu?**
Elmar Nass
Grundfragen der Wirtschaftsethik LIII
- 05 Ethische Bewertung der Inflation**
Werner Lachmann
Meinung
- 07 Ist „greenflation“ gar keine richtige Inflation?**
Ulrich van Suntum
Meinung
- 09 Preisstabilität erst nach geldpolitischer Umkehr**
Elmar Nass
- 10 Impressum / Wer wir sind**
Meinung
- 11 Die EZB hat ein wachsendes Glaubwürdigkeitsproblem**
Matthias Vollbracht
- 13 Rezension**
Der verwandelnde Einfluss des Christentums auf die Kultur
Rezension zu: Jörg Lauster, Die Verzauberung der Welt.
Josef Spindelböck
- 15 Über Sinn und Unsinn von nachhaltigen Lieferketten**
Julia Hartmann

Liebe Interessenten und Freunde der GWE,

in einem mittelalterlichen Volksstück beschwört Dr. Faustus einige böse Geister. Einer von ihnen ist das Teufelchen Vitziputzli, eine Verballhornung des aztekischen Hauptgottes Huitzilopochtli, dem wahrsagerische Fähigkeiten nachgesagt wurden. Sein Name bedeutet übrigens „Kolibri des Südens“, weil er oft als Kolibri erscheint; später wurde er Sinnbild des bösen Dämons. In dem mittelalterlichen Stück fragt Dr. Faustus Vitziputzli, ob er denn keine Sehnsucht nach einer ewigen Seligkeit hege.

Darauf antwortet der Dämon: „Wenn eine Leiter von der Hölle zum Himmel hinaufführen würde, und wenn ihre Stufen aus lauter Schermessern bestehen würden, ich würde sie sofort erklimmen, selbst wenn ich in Stücke zerschnitten dort hingelangen würde.“ Der Verfasser dieses alten Volksstückes hat erkannt, dass selbst in den Herzen gottloser Menschen oder gar Teufeln eine geheime Sehnsucht nach Gott vorhanden ist, nach Frieden, nach einem erfüllten Leben in Harmonie, nach Vergebung und erfüllender Gemeinschaft mit Gott.

Dazu macht die Jahreslosung 2022 Mut: „Wer zu mir kommt, den werde ich nicht ausstoßen!“ (Johannes 6,37b). Zwei Verse vorher versichert Jesus: „Ich bin das Brot des Lebens. Wer zu mir kommt, den wird nicht hungern; und wer an mich glaubt, den wird nimmermehr dürsten.“ In diesen unsicheren Zeiten ist ER die feste Zuversicht; Jesus macht uns Mut, mit allen unseren Sorgen zu IHM zu kommen.

Der Schächer am Kreuz, dem Jesus versprach „Heute wirst du mit mir im Paradies sein“ (Lukas 23,40), gibt uns ein Beispiel, wie man gerettet wird, also in den Himmel kommt. Dazu gehören vier Schritte, die uns ans Ziel bringen. Sie sind aus seiner Rede zu entnehmen, die er an seinen lästernden „Kollegen“ richtet.

„Und du fürchtest dich auch nicht vor Gott?“ Das ist der erste Schritt, Gott ernst nehmen und ihn fürchten.

„Wir empfangen, was unsere Taten wert sind.“ Das ist der zweite Schritt: Bekenntnis der Schuld. Er klagt sich an, nicht andere Menschen für sein Elend.

„Wir sind mit Recht im Gericht.“ Das Ja-Sagen zum Gericht Gottes ist der dritte Schritt. Einmal müssen wir alle vor Gottes Gericht – entweder hier oder dort.

„Dieser hat nichts Böses getan. Herr, gedenke an mich.“ Der vierte Schritt ist dann: Glauben an Jesus und IHM vertrauen. Da wurde dem Schächer die Tür zum Himmel aufgetan.

Mächtige Schritte, die dieser Verbrecher tat, obgleich er am Kreuz angenagelt war. Aber es waren Schritte, die ihn aus dem Verderben in den Himmel brachten! Mögen wir auch diese Schritte vor unserem Lebensende tun!

Mit allen guten Segenswünschen für 2022
bin ich

Ihr/Euer



Werner Lachmann
Ehrenvorsitzender der GWE



**Sie wollen Wirtschaft & Ethik
regelmäßig beziehen –
als Privatperson, Unternehmen
oder Verband?**

Abonnieren Sie uns! Kostenlos!

Eine kurze Nachricht genügt:
info@wirtschaftundethik.de
oder **0175 / 111 70 55**
(Telefon, WhatsApp, SMS).



Liken Sie die GWE bei Facebook!



Disruptive Belohnung –

Ein (wirtschafts-)ethischer Denkanstoß zur Befriedung des Ukraine-Kriegs

Von Ingo Pies

In der Ukraine herrscht Krieg. Die mediale Berichterstattung darüber hat den moralischen Wahrnehmungsrahmen dominant werden lassen, Russen als Täter und Ukrainer als Opfer anzusehen. Dies löst in der Bevölkerung und dann auch bei Politikern die starke Emotion aus, den Opfern helfen und die Täter bestrafen zu wollen, auch wenn damit bisherige Prozeduren und Prinzipien über Bord geworfen werden.

Die Folge: Ukrainische Kriegsflüchtlinge werden – im Unterschied etwa zu Syrern und Afghanen – in spektakulärer Manier willkommen geheißen. Gleichzeitig werden Waffen ins Kriegsgebiet geliefert, um den russischen Invasoren das Leben schwerer zu machen – und im Westen erfahren Russen z.T. harte Sanktionen, ohne vorheriges Gerichtsverfahren. Als (Wirtschafts-)Ethiker bin ich darauf spezialisiert, der Frage nachzugehen, wo der blinde Fleck einer solchen Moralkommunikation liegt. Was übersieht man, wenn man (nur) diesen Blickwinkel einnimmt? Hier ist meine Antwort – formuliert als ethischer Denkanstoß zur moralischen Neuinterpretation asymmetrischer Kriegsführung. Mein Argument identifiziert die Option einer „disruptiven Belohnung“, die man gezielt als Interventionsinstrument einsetzen könnte, um das Blutvergießen in der Ukraine zu begrenzen und möglichst schnell zu beenden. Dieses Argument bündelt drei wirtschaftsethische Ideen mit einer Zusatzüberlegung zu einem Denkanstoß.

Erste Idee: Der Markt ist eine Belohnungsinstanz. Kunden haben ein Eigeninteresse daran, Produzenten zu bezahlen, mit deren Gütern und Dienstleistungen sie ihre Bedürfnisse befriedigen können. Preise sind eine positive Sanktion für gelungene Wertschöpfung. Sie gratifizieren Produzenten für erwünschtes Verhalten.

Zweite Idee: Der Staat ist eine Bestrafungsinstanz. Das Gewaltmonopol wird dazu eingesetzt, Gesetzesübertretungen zu ahnden. Das rechtsstaatliche Institutionensystem – von der Polizei über Staatsanwaltschaften und Gerichte bis hin zu Gefängnissen – dient der negativen Sanktionierung kriminellen Verhaltens.

Dritte Idee: Es ist ein wichtiges Kennzeichen des modernen Staates, partiell auch Belohnungen vorzunehmen. Dies ist dort

der Fall, wo die unter Einsatz des staatlichen Gewaltmonopols erhobenen Steuern zur Subventionierung gemeinwohlorientierter Aktivitäten verwendet werden, die aufgrund von Fehlankizen sonst nicht zustande kämen. Ein wichtiges Beispiel hierfür ist die öffentliche Finanzierung der Grundlagenforschung, die in Kombination mit der privatwirtschaftlichen Anwendungsforschung den Lebensstandard breiter Bevölkerungskreise nachhaltig angehoben hat. Hier erweisen sich Markt und Staat als komplementäre Institutionen.

Zusatzüberlegung: Gegenwärtig konzentriert sich die öffentliche Diskussion darauf, die russischen Invasoren als Täter wahrzunehmen und sie entsprechend bestrafen zu wollen. Hierbei wird übersehen, dass zahlreiche russische Soldaten auch als Opfer betrachtet werden könnten. Viele wussten ja nicht einmal, wo sie sind und gegen wen sie kämpfen (sollen). So gesehen liegt es nahe, darüber nachzudenken, ob es vielleicht Sinn machen könnte, den medial getriggerten Bestrafungsinstinkt zu mäßigen und die Interventionsstrategie möglicher Belohnungen ins Auge zu fassen.

Vor diesem Hintergrund lautet der Denkanstoß: Warum begrüßt die Europäische Union nur die ukrainische Zivilbevölkerung als Kriegsflüchtlinge, nicht aber russische Soldaten, die als Deserteure ebenfalls den Krieg fliehen und von uns ebenso willkommen geheißen werden könnten? Eine solche Initiative würde den Begriff der „asymmetrischen Kriegsführung“ von Grund auf neu interpretieren. Gegenwärtig versteht man darunter die Strategie, einer fremden Armee nicht auf gleicher Augenhöhe mit eigenen Truppen zu begegnen, sondern mit Partisanen, die den Krieg anders führen, als es einer regulären Armee möglich ist. Ein Beispiel hierfür bietet die ukrainische Zivilbevölkerung, die mit selbst gebastelten Bomben gegen russische Panzer und bewaffnete Soldaten vorgeht. Weniger martialisch, aber möglicherweise weitaus wirkungsvoller wäre die Strategie, die Belohnung russischer Deserteure als disruptive und zugleich humanitäre Kriegsintervention einzusetzen. Asymmetrisch wäre diese Kriegsführung, weil der Westen sie gegen Russland, nicht aber umgekehrt Russland gegen den Westen einsetzen kann. Warum sollten wir darauf verzichten, die Attraktivität des westlichen Zivilisationsmodells als Waffe einzusetzen, als Instrument in-

telligenter Kriegsführung, indem wir die vermeintlichen Täter als Menschen und mithin als die faktischen Opfer diktatorischer Macht wahrnehmen und ihnen dadurch Gerechtigkeit widerfahren lassen, dass wir jungen russischen Soldaten im Modus disruptiver Belohnung die Option eröffnen, sich aus ihrer Ohnmacht durch Flucht zu befreien?

Fazit:

Die erste Moralperspektive lässt uns darüber nachdenken, wie wir den Ukrainern helfen können, russische Soldaten umzubringen. Die zweite Moralperspektive lässt uns darüber nachdenken, wie wir russische Soldaten davon abbringen können, Ukrainer umzubringen. Die zweite Perspektive hat Vorzüge, gerade auch aus moralischer Sicht. Warum also setzen wir nicht auf disruptive Belohnung – wenigstens als Komplement?



Prof. Dr. Ingo Pies

Jahrgang 1964, ist seit 2002 Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftsethik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Er arbeitet dort einem „ordonomischen“ Forschungsprogramm. Das Kunstwort „Ordonomik“ soll zum Ausdruck bringen, dass es um eine zugleich verfassungsphilosophische und verfassungsökonomische Gesellschafts(ordnungs)theorie geht: um eine Interdependenz-Analyse der Verfassung des Denkens und der Verfassung des Handelns. Im Jahr 2022 hat Ingo Pies im Wissenschaftlichen Verlag Berlin (wvb) zwei Bücher zur Ordonomik publiziert: (a) Kapitalismus und das Moralparadoxon der Moderne; (b) 30 Jahre Wirtschafts- und Unternehmensethik.

Krieg und Frieden – im Namen Jesu?

Von Elmar Nass

Jesu Friedensbotschaften der Bergpredigt gehören für viele Menschen heute zum Kulturschatz. Sie sind tief in der Gesellschaft verankert. Das ist etwas Gutes. Diese Worte Jesu haben hohe Relevanz für eine Moral des menschlichen Zusammenlebens. Der aktuelle Krieg in der Ukraine fordert diese Botschaft heraus, denn da wird mit Berufung auf Notwehr anders agiert. Das aber widerspricht keineswegs die Worte Jesu. Eine pazifistische Auslegung, vor der ich großen Respekt habe, ist nämlich nicht die einzig wahre Interpretation der Bergpredigt. Pazifisten sind der Überzeugung: Keine Gewalt, auch nicht, wenn wir angegriffen werden. Es kann allerdings auch aus christlicher Sicht gute Gründe geben, sich im Notfall selbst mit gewaltsamen Mitteln zu wehren. Dieser Position schließe ich mich an. Wenn man sich näher etwa mit einem Wort wie „Wenn dich einer auf die rechte Wange schlägt, dann halt ihm auch die andere hin“ (Mt 5,39) beschäftigt, dann sehen wir dahinter als Ziel Jesu die Entfeindung. Wenn ich dem anderen auch die linke Wange hinhalte, dann erwarte ich also, dass er mit dem Schlagen aufhört und so die Spirale der Gewalt endet. Solche Deeskalation funk-

tioniert aber nur, wenn der andere mich nicht umbringt. Ist eine solche Eskalationsstufe erreicht, dann funktioniert die Idee der Entfeindung nicht mehr. Deshalb können die radikalen Forderungen der Bergpredigt in so einer Situation nicht der letzte Maßstab von Friedenspolitik sein.

So gibt es in der christlichen Tradition die Lehre vom gerechten Krieg, der auch völkerrechtlich legitimen Gewaltanwendung als letztem Mittel im Verteidigungsfall. Dafür gibt es strenge Regeln. Diese treffen jetzt für die Ukraine sicher zu. Trotzdem möchte ich diesen Begriff nicht mehr so verwenden, denn der Begriff vom gerechten Krieg (*bellum iustum*) könnte zu dem Missverständnis führen, dass Kriege auch etwas Gutes haben. Militärische Gewalt ist aber nie etwas Gutes. Wenn ein ukrainischer Soldat einen russischen Soldaten tötet, ist das nichts Gutes oder Gerechtes. Wir sehen aber jetzt in dieser Verteidigung einen gerechtfertigten Krieg: ein Übel, das man in Kauf nimmt, um noch größere Übel abzuwenden. Denn was würde passieren, wenn die Ukraine sich nicht verteidigt? Einem ganzen Volk würde die

Freiheit genommen. Andere Länder wie China könnten sich zu weiterer Gewalt und auch Krieg eingeladen fühlen (etwa gegen Hongkong, Taiwan). Und eine Logik von Erpressung, Tod und Unterdrückung würde sich weiter ausbreiten. Das darf nicht passieren.

Auch deshalb dürfen wir jetzt in der Ukraine nicht tatenlos zusehen. Waffenlieferungen sind zweifellos umstritten. Ich halte sie dennoch für gerechtfertigt. Sie müssen im Kontext der gerechtfertigten Verteidigung gesehen werden. Deutschland hat ganz sicher eine besondere historische Verantwortung für Frieden und Freiheit. In anderen Weltgegenden kämpfen deutsche Soldaten gegen Terroristen. Es bleibt auch hier immer dabei, dass jeder Waffeneinsatz ein Übel ist und nur als *ultima ratio* gerechtfertigt ist. Dann aber muss er auch angemessene Unterstützung finden. Ich will es einmal auf der persönlichen Ebene sagen: Wenn ein Freund angegriffen wird, und ich schaue nur tatenlos zu, dann ist das auch keine Freundschaft. Die Lieferung von Waffen sehe ich jetzt als einen Akt der Freundschaftshilfe für das ukrainische Volk mit dem Ziel, größeres Übel zu verhindern.

Die geforderte Flugverbotszone scheint mir dagegen kein adäquates Maß der Hilfe. Es könnte ansonsten dazu kommen, dass die NATO russische Flugzeuge abschießt und damit selbst unmittelbar in den Konflikt hineingezogen wird. Das könnte zu einem Flächenbrand in Europa und darüber hinaus führen. Deshalb sage ich: Hilfe zur Selbstverteidigung ja! Aber wir müssen alles vermeiden, was in einen Dritten Weltkrieg hinein führen könnte.

Die Politik der Abschreckung hat für NATO-Länder bisher eine solche Eskalation verhindert. Dies wurde mit der Drohung durch Massenvernichtungswaffen teuer erkaufte. Emotionale Diskussionen darum haben wir etwa bei der Nachrüstung der 1980er Jahre erlebt: Hinter der Friedensbewegung standen auch sehr gute christliche Motive. Ja, solche Waffen sind in sich etwas Schlechtes. Abschreckung hat mit Schrecken zu tun.

Dennoch ist auch hier wieder abzuwägen: Kann es einen guten Grund geben, diesen Schrecken einzusetzen? Pazifisten sagen: Nein. Ich bin da anderer Meinung: Es kann vertretbar sein. Denn es gibt tyrannische Mächte, die sich ohne eine solche Abschreckung eingeladen fühlen könnten, schwächere Länder zu überfallen oder unter Druck zu setzen. Wie wir es ja jetzt sehen und ggf. in Fernost weiter befürchten müssen. Abschreckungswaffen sind auch nicht dazu da, um eingesetzt zu werden, im Gegenteil.

Im Christentum gibt es keine Lehre der Abschreckung. Allerdings gibt es in der Bibel einige sehr drastische Stellen, in denen es darum geht, sich gegen teuflische, dämonische Mächte zur Wehr zu setzen (1 Petrus 5,9; 1 Joh 3,8). Insofern können wir uns auch auf Jesus Christus berufen, wenn Abschreckung und militärische Gewalt in solchem Notfall eingesetzt werden.

Grundlage dieses Textes ist ein Interview von Dr. Raimund Neuß mit Elmar Nass in: Kölner Rundschau vom 12.3.2022.



Prof. Dr. Dr. Elmar Nass

ist katholischer Theologe und Ökonom. Er ist Inhaber des Lehrstuhls für Christliche Sozialwissenschaften und gesellschaftlichen Dialog an der Kölner Hochschule für Katholische Theologie.

GRUNDFRAGEN DER WIRTSCHAFTSETHIK LIII

Ethische Bewertung der Inflation

Von Werner Lachmann

Kürzlich noch fürchtete die Europäische Zentralbank (EZB), dass die Inflationsrate zu niedrig sei; sie strebt eine Inflation knapp unter 2% an. Mario Draghi war beim Unterschreiten sehr schnell bereit, durch eine gewaltige Erhöhung der Geldmenge die Inflationsrate zu erhöhen. Jetzt wo wir aktuell (April 2022) in Deutschland eine Rate von 7,5% haben, will die EZB kaum wirksame geldpolitische Maßnahmen ergreifen, um die Inflationsrate abzusenken. Im Zentralbankrat haben die inflationsgewöhnten Südländer die Mehrheit, so dass die uns Deutschen versprochene Geldwertstabilität anderen Zielen weichen musste. Heute scheint es hauptsächlich darum zu gehen, dass die verschuldeten Staaten zahlungsfähig bleiben. So können sich diese Staaten weiter zu einem geringen Zinssatz verschulden – zu Lasten der Sparer.

Politiker sind geneigt, der Geldwertstabilität nicht die gleiche Priorität einzuräumen wie der Vollbeschäftigung. Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt sagte einst: Lieber 5% Inflation als 5% Arbeitslosigkeit. Jedoch: Eine hohe Inflation schadet allen Bürgern, die Arbeitslosigkeit nur den Arbeitslosen, denen gezielt geholfen wird (Arbeitslosengeld). Sollte die Inflationsbekämpfung oder die wirtschaftliche Entwicklung den ethischen Primat haben?

Auf die verschiedenen Definitionen, Messprobleme und Ursachen der Inflation werde ich nicht eingehen können¹. Eine ethische Bewertung muss die Auswirkungen der Inflation auf

Wirtschaft und Gesellschaft berücksichtigen. Des öfteren wird behauptet, dass eine moderate (schleichende) Inflation den Strukturwandel fördert. Bei flexiblen Preisen sei nur über Inflation eine Anpassung der realen Lohnkosten an die wirtschaftliche Lage möglich.

Bei den wirtschaftlichen Auswirkungen wird zwischen

- Allokationswirkungen,
 - Verteilungswirkungen,
 - Wachstums- und Beschäftigungswirkungen
- unterschieden.

Allokationswirkungen:

Hohe und veränderliche Inflationsraten führen zu unsicheren Erwartungen bei den Wirtschaftssubjekten und erhöhen damit das Risiko wirtschaftlicher Fehlentscheidungen. Knappheitsrelationen und deren Veränderungen werden nicht mehr richtig erfasst. Um relevante Informationen zu erhalten, müssen einzel- und gesamtwirtschaftliche Zusatzkosten aufgebracht werden, die mit Wohlfahrtsverlusten verbunden sind. Inflationen führen zu einer Verkürzung von Vertragslaufzeiten. Ebenso werden die Wirtschaftssubjekte versuchen, sich den Folgen der Inflation durch eine Flucht in Sachwerte (Betongold) zu entziehen. Im Baubereich werden dann Überkapazitäten gebildet, die langfristig zu inflationsbedingten Fehlallokationen, zu Unternehmenszusammenbrüchen und zu struktureller Arbeitslosigkeit führen können.

¹ Verviesen sei hierbei auf: Werner Lachmann; Volkswirtschaftslehre 2 – Anwendungen, Berlin, Heidelberg 2004, 2. Auflage. Kapitel 6.2 Inflation, S. 258-280.

Bei Ausweitung der Inflationsmentalität sind die Geldfunktionen gefährdet. Geld wird dann zunehmend als Tausch- und Wertaufbewahrungsmittel abgelehnt, was Tauschhandlungen der Wirtschaftssubjekte verteuert.

Verteilungswirkungen:

Im Laufe des inflationären Prozesses kommt es zu Umverteilungen von Einkommen und Vermögen, wobei die folgenden Hypothesen aufgestellt werden:

- Gläubiger-Schuldner-Argument: Die Gläubiger erleiden einen Realverlust, dem ein realer Gewinn auf Schuldnerseite gegenüber steht. Der Staat als größter Schuldner ist damit größter Gewinner der Inflation (Inflationssteuer).
- Lohn-Lag-Hypothese: Bei verzögerten Lohnsteigerungen (wegen der Laufzeiten der Tarifverträge) kommt es zu einer Umverteilung zugunsten der Gewinne und der Bezieher von Unternehmereinkommen. Arbeitnehmer sind folglich die Verlierer.
- Transfereinkommens-Lag-Hypothese: Institutionelle Rigiditäten führen bei Transfereinkommen wie Renten, Sozialhilfe, Kindergeld usw. zu verspäteten Anpassungen. Damit verschlechtert sich die Verteilungssituation der Transfereinkommensbezieher.
- Steuerbelastungsargument: Bei Steuern, die Progressionsstufen beinhalten, kann es zu einer Veränderung der effektiven Steuerbelastung führen. Mit wachsenden Nominaleinkommen nimmt der Anteil der Einkommens- und Lohnsteuer überproportional zu, so dass es zu einer inflationsbedingten Umverteilung zugunsten des Staates kommt. Die verspätete Anpassung von Frei- und Pauschbeträgen an die Inflationsrate erhöht ebenfalls die Steuerlast.



Grafik: signelement.com

Wachstums- und Beschäftigungswirkungen:

Die Auswirkungen einer Inflation auf Wachstum und Beschäftigung sind umstritten. Extreme Inflationsraten lösen unbestritten eine Beeinträchtigung von Wachstum und Beschäftigung aus.

Die Inflation kann als eine Steuer auf Realkasse bezeichnet werden (Inflationssteuer). Da die Geldschöpfung wesentlich von der Notenbank bestimmt wird, steht den staatlichen Instanzen mit der Inflationssteuer eine Finanzierungsquelle zur Verfügung, die keiner gesetzlichen Grundlage bedarf. Insbesondere in Entwicklungsländern ist die Inflationssteuer ein wesentlicher Teil der staatlichen Einnahmen, da Ausgaben durch die Noten-

presse finanziert werden und damit die Besitzer von Geld- und Finanzkapital durch die Inflationssteuer diese Realausgaben finanzieren.²

Wenn das tatsächliche wirtschaftliche Wachstum höher ist als das potentielle, beobachtet man Inflationsfolgen; liegt die reale Wachstumsrate unter dem wirtschaftlichen Potential folgt Arbeitslosigkeit. Die Übereinstimmung der tatsächlichen Wachstumsrate mit der potentiellen erhöht die Effizienz. Bei einer Inflation hängt der Preis der Güter nicht mehr allein von Angebots- und Nachfragebedingungen ab, was die optimale Allokation der Güter beeinträchtigt.

Die Senkung der Reallöhne durch eine Inflation hängt von der Existenz der Geldillusion ab. Langfristige moderate Inflationen müssten dazu führen, dass die Arbeitnehmer diese Inflationsrate antizipieren, so dass es nicht zu einer Geldillusion kommt! Gewerkschaften werden höhere Löhne durchsetzen. Einige Studien zeigen, dass die Geldpolitik nicht in der Lage ist, Probleme des Arbeitsmarktes langfristig zu lösen.

Die soziale Ordnungsfunktion des Geldes

Geldstabilität ist ein wichtiges Element einer marktwirtschaftlichen Ordnung. Durch die negativen Erfahrungen vieler Länder, z.T. auch aufgrund der Politik und der wirtschaftspolitischen Einflussnahme der Deutschen Bundesbank, hatte sich die Einsicht durchgesetzt, dass die Geldwertstabilität eine fundamentale Voraussetzung für funktionsfähige marktwirtschaftliche Wirtschaftssysteme darstellt.

Währungsethische Fragestellungen befassen sich mit grundlegenden wirtschaftspolitischen Zielsetzungen, die über währungspolitische Maßnahmen erreicht werden sollen:

- die Bedeutung des Geldwesens für eine menschenwürdige Gesellschaftsordnung,
- Geld als materielles Disziplinierungsmittel für private und öffentliche Haushalte,
- die Bedeutung der Währungsordnung für die internationale Arbeitsteilung.

Die Erfindung des Geldes hat durch die Zerlegung des Tausches Ware gegen Ware in zwei unabhängig voneinander vollziehbare Teile eine für das Wohl der Menschheit weit reichende Innovation ermöglicht: zunächst die regionale und schließlich die weltweite Arbeitsteilung! Geld wurde zum globalen Vermittler dessen, was an materiellen und immateriellen Werten durch Kauf erworben werden kann. Geld hat es möglich gemacht, nicht nur Kaufkraft über längere Entfernungen und Zeiträume mit relativ geringen Kosten zu transportieren und zu erhalten (Sparen), sondern bei richtiger Anlage auch noch durch Erträge zu vermehren.

In einer funktionsfähigen Marktwirtschaft hat die Währungsordnung eine zentrale Funktion. Daher formulierte Lenin: "Wer eine Gesellschaftsordnung zerstören will, muss zunächst ihr Geldwesen in Unordnung bringen!" Es muss daher eine Währungsordnung geschaffen und erhalten werden, welche für eine sozialetisch erstrebenswerte Gesellschaftsordnung notwendig ist. Insbesondere Eucken (Freiburger Schule) betonte den "Primat der Währungspolitik" für eine funktionsfähige Wettbewerbsordnung. Das Geld kann seine gesellschaftlichen Funktionen nur dann optimal erfüllen, wenn die Geldmenge richtig dosiert und gesteuert wird.

² Vgl. hierzu Werner Lachmann: Entwicklungspolitik Bd. 2: Binnenwirtschaftliche Aspekte, München, Wien 1997, insbesondere Kap. 10: Geld- und Stabilisierungspolitik.

Der Historiker David Hackett Fischer³ hat die gesellschaftlichen Krisen von fehlender Preisstabilität betont. In den letzten acht Jahrhunderten habe es vier große Wellen von Inflationen gegeben. Die erste Welle steigender Preise ist Ende des 12. Jahrhunderts bis zu Beginn des 14. Jahrhunderts zu beobachten und wird als die Preisrevolution des Mittelalters bezeichnet. Die zweite Inflationswelle war die bekannte Preisrevolution des 16. Jahrhunderts, die Ende des 15. Jahrhunderts begann und ca. Mitte des 17. Jahrhunderts terminiert wurde. Die dritte Welle begann ca. 1730 und erreichte ihren Höhepunkt in der französischen Revolution und den napoleonischen Kriegen, sie wird als die Preisrevolution des 18. Jahrhunderts bezeichnet. Die letzte große Welle (Preisrevolution des 20. Jahrhunderts) begann im Jahr 1896 und dauert Anfang des 21. Jahrhunderts noch an.

Im 12. Jahrhundert lag der Höhepunkt des Mittelalters; das Mittelalter wurde durch die Preisrevolution in seinem Bestand zerstört. Anschließend beobachten wir von ca. 1400 bis 1480 ein Gleichgewicht der Renaissance; die dritte stabile Zeit war die der Aufklärung von ca. 1660 bis 1730. Die letzte stabile Periode kann als viktorianisches Gleichgewicht bezeichnet werden, da sie ungefähr die Lebensspanne Queen Victorias umfasst. Die Krisen und langsame Entwicklung der Preisinflationen waren

unterschiedlich; ein wesentlicher Punkt war jedoch immer darin zu sehen, dass gegen Ende der stärker werdenden Inflation der einfache Mann und die Arbeiter durch die Inflation in soziales Elend gestürzt wurden.

Alle Zeiten hoher Inflation endeten in einer gesellschaftlichen Katastrophe. Daher wäre der EZB anzuraten, wieder die Geldwertstabilität als ihre Hauptaufgabe anzusehen. Bekommt die Inflation eine zu große Fahrt, ist ihre Bekämpfung mit größeren gesellschaftlichen Kosten verbunden. In Hohelied 2,15 heißt es: „Fangt uns die Füchse, die kleinen Füchse, die den Weinberg verderben.“ So müsste man der EZB zurufen: „Bekämpft die noch geringen Inflationsraten, die die wirtschaftliche Entwicklung destabilisieren.“



Prof. Dr. h.c. Werner Lachmann Ph.D.

war Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik und Entwicklungspolitik an der Universität Erlangen-Nürnberg. Er ist Gründer und seit 2017 Ehrenvorsitzender der GWE.

3 David Hackett Fischer: The Great Wave. Price Revolutions and the Rhythm of History, New York und Oxford 1996.



Ist „greenflation“ gar keine richtige Inflation?

Von Ulrich van Suntum

Foto: Nuno Marques, unsplash

Nach Jahren eher niedriger Geldentwertungsraten ist plötzlich die Inflation zurück. In Deutschland lagen die Verbraucherpreise im Dezember 2021 um 5,3% über ihrem entsprechenden Vorjahresstand, in den USA waren es sogar 7%. Noch stärker ist der jüngste Anstieg der Erzeugerpreise gewesen: Im Dezember 2021 lagen sie in Deutschland um 24% höher als vor Jahresfrist, das war der höchste Anstieg seit 1951.

Einen nicht unwesentlichen Anteil am jüngsten Preisanstieg haben die höheren CO₂-Preise auf den Verbrauch von fossilen Energieträgern. Auch andere Umweltauflagen und die erzwungene Umstellung auf „saubere“, aber teure Energieträger wie Photovoltaik und Windenergie treiben die Kosten und damit die Preise. So muss wegen der jederzeit gegebenen Möglichkeit einer Dunkelflaute (d.h. es scheint weder die Sonne noch weht der Wind) praktisch die gesamte Stromerzeugungskapazität doppelt vorgehalten werden, einmal mit erneuerbaren und

einmal mit fossilen Reserveenergieträgern. Das wiederum wirkt sich auf energieintensiv hergestellte Produkte aus, von der Stahlerzeugung bis hin zum morgendlichen Brötchen.

Für so verursachte Preissteigerungen hat sich inzwischen der Begriff „grüne Inflation“ („greenflation“) etabliert. Umweltorganisationen wie Greenpeace laufen allerdings Sturm dagegen. Denn es handele sich dabei lediglich um die Internalisierung und Sichtbarmachung von externen Kosten fossiler Energien, was mit Geldentwertung nichts zu tun habe. Gelegentlich wird sogar gefordert, alle real statt monetär verursachten Preissteigerungen aus der offiziellen Inflationsrate herauszurechnen. Dazu würden dann z.B. auch durch Lieferengpässe verursachte Preissteigerungen gehören, wie sie derzeit ebenfalls eine erhebliche Rolle spielen.

Richtig daran ist, dass man zwischen realen und monetären Preistreibern unterscheiden sollte. Stellen wir uns etwa ein Wi-

kingerdorf vor, das nur Korn produziert und wo Muscheln als Geld verwendet werden. Würde sich nun die Muschelmenge verdoppeln, ohne dass die Kornmenge steigt, so käme es zu echter Inflation, d.h. über kurz oder lang würden sich sowohl der Kornpreis als auch der Durchschnittslohn in Muscheln gerechnet verdoppeln. Der Wert des Muschelgeldes hätte sich also halbiert, ohne dass sich am realen Wohlstand etwas geändert hätte. Anders wäre es aber, wenn bei gleicher Muschelmenge nur noch halb so viel Korn produziert würde, etwa aufgrund einer Missernte. Auch dann würden sich die in Muscheln gerechneten Kornpreise verdoppeln, aber die Muschellöhne blieben unverändert. Ihr Wert in Korneinheiten hätte sich allerdings halbiert, was den Wohlstandsverlust aufgrund der Missernte widerspiegelt. Nur die Güterpreise, nicht aber die Faktorpreise würden also in diesem Fall steigen, und die Ursache des Preisanstiegs der Güter wäre real, nicht monetär verursacht. Man sollte hier deshalb nicht von Inflation, sondern bestenfalls von Pseudoinflation sprechen.

Ähnlich liegt der Fall, wenn die Wikinger eine CO₂-Steuer auf die Kornproduktion erheben, weil sie z.B. glauben, damit das Weltklima beeinflussen zu können. Auch in diesem Fall wird bei unveränderter Muschelgeldmenge die Kornproduktion zurückgehen und der Kornpreis steigen. Es handelt sich also erneut nur um Pseudoinflation, bei der übrigens im Gegensatz zur echten Inflation auch kein zusätzlicher Geldschöpfungsgewinn für die Muschelzentralbank anfällt. Zudem kann man theoretisch zeigen, dass bei Pseudoinflation der natürliche Zinssatz erhalten bleibt, während er bei echter Inflation durch Geldvermehrung verfälscht wird.¹

Hat Greenpeace also recht mit der Forderung, höhere Umweltsteuern aus der Inflationsrate herauszurechnen? Die Mehrheit der Ökonomen hält davon wenig, da man sich dadurch nur in falscher Sicherheit wiegen würde. Denn Inflationsprozesse sind ein dynamischer Vorgang, bei dem reale und monetäre Faktoren eng zusammenspielen. Wie bei einer Lawine kommt es letztlich nicht darauf an, welcher Stein sich warum genau in Bewegung gesetzt hat. Zudem neigt die Politik dazu, reale Wohlstandsverluste durch das Drucken von zusätzlichem Geld zu verschleiern. Dadurch steigen dann aber erst recht die Preise und nunmehr auch die Löhne, so dass aus den ursprünglich realen Ursachen eben doch echte Inflation entsteht.

In unserem Beispiel könnten z.B. die Wikinger-Gewerkschaften verlangen, die Löhne dem steuerbedingten Kornpreisanstieg anzupassen. Da die Kornmenge aber nun einmal geringer ist, führt das dazu in Umlauf gebrachte, zusätzliche Muschelgeld nur zu einer Illusion. Am Ende steht dann eine Lohn-Preis-Spirale und ein sinkender Geldwert, ohne dass der reale Wohlstandsverlust aufgrund der geringeren Kornproduktion dadurch verhindert werden könnte. (Die Wikinger gewinnen zwar auch etwas mehr Freizeit, aber diese ist weniger wert als die verlorene Kornmenge, denn andernfalls wäre sie auch ohne Besteuerung schon gewählt worden.) CO₂-Steuern wirken also wie eine permanente Missernte, außer dass die Wikinger sich zumindest einbilden können, damit zugleich etwas für das Weltklima getan zu haben.

Ähnlich ist es in den beiden Ölkrisen Mitte der 70er und Anfang der 80er Jahre gewesen. Auch damals wurde versucht, den realen Wohlstandsverlust aufgrund knapperer Energie durch das Drucken von Geld auszugleichen, was natürlich nicht gelingen konnte. Trotzdem ist zu befürchten, dass dieser Weg auch in der aktuellen Situation wieder gegangen werden wird. Denn auch wenn alle vom Klimaschutz reden, ist doch kaum jemand bereit, dafür tatsächlich auch persönliche Opfer zu bringen. Wenn es hart auf hart kommt, wird vielmehr der volle Ausgleich der gestiegenen Energie- und sonstigen Preise auf dem Lohnzettel oder durch staatliche Zuschüsse und Steuererleichterungen erwartet. Die bequeme Lösung dieses Dilemmas für die staatlichen Verantwortungsträger ist eine Erhöhung der Geldmenge, was aber dann eben doch zu echter Inflation führt. Richtig wäre es stattdessen, den Geldwert möglichst stabil zu halten und den Leuten klar zu sagen, dass sie zugunsten des Klimaschutzes an anderer Stelle eben auf realen Wohlstand verzichten müssen.



Prof. Dr. Ulrich van Suntum
lehrte von 1995 bis zu seiner Emeritierung 2019 Volkswirtschaftslehre an der Universität Münster.

Vgl. dazu U. van Suntum, Capital, Interest, and Money, Columbia 2017, Kap. 3.6.



Preisstabilität erst nach geldpolitischer Umkehr

von Elmar Nass

Die Preissteigerungsrate in Deutschland war im Jahr 2021 mit 3.1% so hoch wie zuletzt 1993, und das im Jahr 2022 mit weiter steigender Tendenz über 5%. Die Inflation als Folge der lockeren Geld- und Finanzpolitik könnte nun Fahrt aufnehmen. Zahlreiche geld- und finanzpolitische Pfade haben den Weg dazu bereitet. In Folge der großen Finanzkrise erleben wir eine fortdauernd expansive Politik, inzwischen mit Negativzinsen, großen Rettungspaketen und, nachdem das Zinsinstrumentarium der EZB ausgereizt war, mit massiven Anleihekäufen. Die Corona-Krise war Anlass für eine immense Erhöhung der Staatsschulden. Sie belebte auch wieder die Diskussion um Euro-Bonds, die nunmehr zu Corona-Bonds umgetauft wurden und mit dem am 21. Juli 2020 beschlossenen Wiederaufbau-Fonds in Höhe von 750 Mrd. € schleichend eingeführt wurden. Die Immobilienpreise sind explodiert. Und bei den TARGET2-Salden stehen etwa für Deutschland am 30. November 2021 bei der EZB 1.128 Mrd. € zu Buche.

Bekanntlich ist es das Ziel einer (vertragsgemäß) von sonstigen politischen Interessen autonomen EZB, Preisstabilität im Euro-Raum zu gewährleisten. Doch inzwischen finden andere Deutungen Gehör. So applaudiert Ralph Luetticke, dass expansive Geldpolitik positive Verteilungseffekte erziele. Arbeitslosigkeit werde gesenkt und somit Ungleichheit reduziert, ohne inflationstreibend zu sein.¹ Die Preise für Vermögenswerte (z.B. Immobilien) gehen dadurch zwar in die Höhe, doch würde davon ein breiter Bevölkerungsanteil profitieren. So werde die Volkswirtschaft stabilisiert, was irenische Effekte mit sich bringe und sozialethisch erwünscht sei. Für eine solche Stabilisierung seien auch die Ankaufprogramme der EZB unverzichtbare Instrumente. Demgegenüber würde eine restriktive Politik Einkommens- und Vermögensungleichheit erhöhen (vor allem wegen der negativen Wirkungen auf den Arbeitsmarkt). Solche neu-keynesianischen Denkmodelle verteidigen die expansive Politik als Stabilisator der

Volkswirtschaft. Sie haben egalisierende Effekte zum Ziel, erklären Irenik über expansiv erzielte Arbeitsmarkteffekte und sehen die geldpolitische Verantwortung im Dienst solcher Ziele. Auch öffnen sie die Tür für weitere politische Verantwortlichkeiten der Geldpolitik, wie nun die Bekämpfung des Klimawandels. So wünschenswert etwa dieses von Christine Lagarde im letzten EZB-Jahresbericht proklamierte Ideal auch sein mag, so wenig gehört dessen Erreichung in den Bereich der Geldpolitik. Denn eine solche Zieleerweiterung öffnet die Türe für noch mehr sozialpolitisch erstrebenswerte Ziele sowie für ein parteipolitisches Hineinregieren hinsichtlich der Interpretationen und Abwägungen.

Der inzwischen resignierte Bundesbankpräsident Jens Weidmann trat solchen Interpretationen entgegen, indem er gerade auch in der Corona-Krise die Wahrung der Preisstabilität als alleiniges Ziel der Geldpolitik ins Zentrum stellte.² Sie dürfe nicht durch andere Ziele relativiert werden und habe stattdessen selbst langfristig positive Effekte auf Wohlstand und Arbeitsmarkt. Die Volkswirtschaft als ganze zu stabilisieren oder das Klima zu retten, kann dann nicht Aufgabe der Zentralbanken sein. Geldpolitik dürfe sich demnach nicht übernehmen und ihren gegebenen Auftrag ohne demokratisches Mandat auch nicht überschreiten. Weidmann fordert schon lange und wiederholt eine Abkehr von der expansiven Geldpolitik. Die von den Neu-Keynesianern dagegen betonten Arbeitsmarkteffekte expansiver Politik sind bekanntlich kurzfristiger Natur. Die Vermögenswirkungen führen zumindest in Deutschland eher zu mehr Ungleichheit, weil Medianhaushalte nicht Eigentümer einer Immobilie sind und deshalb nicht hinreichend von den Wertsteigerungen profitieren. Zudem muss in absehbarer Zukunft mit einem Platzen der Immobilienblase gerechnet werden, und das mit gravierenden rezessiven Folgen für die Gesamtwirtschaft. Vor allem aber steigt das Inflationsrisiko beständig an. Geldentwertung hat bekanntlich verheerende Folgen für alle Sparer, Rentner und

den internationalen Handel. Sie ist verbunden mit dem Verlustig-Werden der Grundfunktionen des Geldes und des Vertrauens in die Wirtschaft insgesamt. Einer freiheitlichen Position entsprechend hat deshalb die unbedingte geldpolitische Verantwortung für die Preisstabilität eine irenische Wirkung, die subsidiär flankiert werden muss durch eine solide Finanzpolitik, die wiederum nicht auf Strohfeuer, sondern auf langfristige Wirkungen setzt.

EZB und EU haben in den vergangenen Jahren eine Fülle von Mandatsübertretungen und Regelverstößen mit juristischen Spitzfindigkeiten und diplomatischem Geschick überdecken können (etwa Staatsfinanzierung durch Zentralbankgeld, Relativierung des geldpolitischen Ziels der Geldwertstabilität, zunehmende politische Einflussnahme auf die EZB und damit der Verlust ihrer Autonomie, politische Abhängigkeit der EZB in der Niedrigzinspolitik mit den Anleihekaufprogrammen, schleichende Einführung von Corona-Bonds und Schuldenunion, Umverteilungslogik zulasten wirtschaftlich stärkerer Länder und Zurückdrängung von Subsidiaritäts- und Soliditätslogik, Verschuldung des europäischen Haushalts mit den neuen Aufbauprogrammen u.v.a.m.).³ Die Politik des fortlaufenden Vertrags- und Vertrauensbruchs hat während der Corona-Krise eine Zuspitzung erfahren. Eine solche auch tugendethisch hoch problematische Strategie hat viele Gründe. Einige Hypothesen dazu seien hier zur Diskussion gestellt.

Hypothese 1:

Es liegt die Vermutung nahe, dass nationalstaatliche Interessen die ideologische Ausrichtung der EZB unter den Präsidentschaften von Mario Draghi und Christine Lagarde maßgeblich beeinflusst haben und weiter beeinflussen. Italienische und französische Interessen und Interpretationen zum Mandat der Zentralbank und deren gekonnte Umgehung sowie entsprechende Umverteilungspolitik zulasten von Deutschland

1 Vgl. Luetticke, Ralph (2018): Transmission of Monetary Policy with Heterogeneity in Household Portfolios, Discussion Papers 1819 hg. von Centre for Macroeconomics, University College London sowie in diesem Sinne auch o.V. (2016): Verteilungseffekte der Geldpolitik, in: Deutsche Bundesbank (Hg.): Monatsbericht September 2016, 15-38.
2 Vgl. Weidmann, Jens (2021): Wird die Coronakrise die wirtschaftliche Ungleichheit vertiefen? Eröffnungsrede im Rahmen der International Conference on Household Finance, virtuell am 29.04.2021, hg. von Deutsche Bundesbank, Frankfurt a.M.
3 Vgl. Sinn, Hans-Werner (2021): Die wundersame Geldvermehrung. Staatsverschuldung, Negativzinsen, Inflation, Freiburg i.Br.

u.a. wirtschaftlich stärkerer Länder lassen sich im fortgesetzt expansiven Kurs der Geldpolitik, der sich abzeichnenden Schuldenunion und im wachsenden Regierungseinfluss auf die Geldpolitik unschwer erkennen. Solche Klientelpolitik schadet nicht nur dem Vertrauen in den Euro, sondern auch dem viel beschworenen europäischen Geist.

Hypothese 2:

Ein weiterer Grund liegt in einem vorherrschenden neu-keynesianischen Denken. Diese Sicht auf ein weiter zu interpretierendes Mandat der EZB mit entsprechenden Zieleabwägungen ist im Blick auf die Europäischen Verträge illegal. Schmerzliche Erfahrungen der Vergangenheit haben uns gelehrt, die Geldwertstabilität als autonomes Ziel der Zentralbank vor nationalstaatlichen und parteipolitischen Interessen und der Abwägung mit anderen Zielen zu schützen. Nur so kann das Vertrauen in die Geldordnung tatsächlich stabilisierende Wirkung auf Wirtschaft und Gesellschaft entfalten. Eine Abkehr von dieser klar definierten Aufgabenteilung macht die Geldpolitik zu einem Erfüllungsgehilfen regierungspolitischer Interessen und wird das Vertrauen in die EZB und die Währung weiter erschüttern oder gar zerstören.

Hypothese 3:

Diese gefährlichen Konsequenzen sind der EZB bewusst. Neuere Studien haben den Zusammenhang zwischen Vertrauen und drohender Inflation bestätigt. So kommen Sathya Mellina und Tobias Schmidt im Auftrag der Bundesbank im Jahr 2018 zu dem wenig überraschenden Ergebnis: „We find that high levels of trust in the ECB increase the probability of individuals expecting unchanging prices and lower the likelihood of anticipating rising prices.“⁴ Ergo muss die EZB um jeden Preis Vertrauen in ihre Politik schaffen, um nicht offensichtlich ihr Mandat zu verletzen, damit Vertrauen zu zerstören und so erst recht eine Inflationsschraube in einem Teufelskreis des Misstrauens in Gang zu setzen. Zur Abwehr gegen diesen Vertrauensverlust sind zwei Wege gangbar: a) Entweder werden weiterhin die Übertretungen der eigenen Kompetenzen spitzfindig vertuscht und bestehende Inflationsgefahren oder sich abzeichnende Blasen kleingeredet. Dieser bisher beschrittene Weg ist nicht

nur tugendethisch verwerflich, sondern mit seinen wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen hoch gefährlich, weil er Vertrauen bewahren will, indem er Vertrauen missbraucht. b) Oder aber es wird endlich mit offenen Karten gespielt. Dazu müssten Umgehungsstrategien, Mandatsübertretungen und Tricksereien der Vergangenheit ehrlich bekannt und konsequent abgestellt werden. Dadurch wird (als Folge der zutage tretenden Missstände) zunächst kurzfristig Vertrauen erschüttert, und es müssten Verantwortliche zur Rechenschaft gezogen werden. Aber dies ist der einzige Weg, um langfristig wieder Vertrauen in die Geldpolitik herzustellen. Und es müsste baldmöglichst mit einem moderaten Rückkauf der Staatsanleihen begonnen werden. Dann kann die EZB mit neuem Personal und mit neuem Geist zu ihrem Mandat zurückkehren. So nur kann sie – aufbauend auf einem wieder erarbeiteten und somit verdienten Vertrauen – ein verlässlicher Hüter der Geldwertstabilität werden, wie es einst die Bundesbank war.



Prof. Dr. Dr. Elmar Nass

ist katholischer Theologe und Ökonom. Er ist Inhaber des Lehrstuhls für Christliche Sozialwissenschaften und gesellschaftlichen Dialog an der Kölner Hochschule für Katholische Theologie.

4 Mellina, Sathya / Tobias Schmidt (2018): The role of central bank knowledge and trust fort he public's inflation expectations. Discussion Paper No. 32/2018 hg. von Deutsche Bundesbank, Frankfurt a.M., 31.

Über die GWE

Das Ziel

Die GWE ist ein Verein zur Förderung von Forschung und Lehre in den Wirtschaftswissenschaften auf Grundlage einer Ethik, die auf dem biblischen Welt- und Menschenbild beruht.

Die Arbeit

Wir regen Forschung zu wirtschaftsethischen Fragen an und unterstützen diese, führen Fachtagungen und Seminare durch und geben die doppelt-referierte Fachzeitschrift JoME – Journal for Markets and Ethics, den halbjährlichen Informationsdienst Wirtschaft & Ethik sowie Bücher zu verschiedenen Themen der Wirtschaftsethik heraus.

Vorstand

Vorsitzender der GWE e.V. ist Prof. Dr. Christian Müller, stellvertretender Vorsitzender ist Prof. Dr. Harald Jung, Ehrenvorsitzender ist Prof. i.R. Dr. h.c. Werner Lachmann Ph.D.. Darüber hinaus gehören dem Vorstand an: Prof. Dr. Gerald Mann, Karl J. Möckel, Dr. Matthias Vollbracht, Prof. Dr. Dr. Elmar Nass, Johannes Zabel.

Mitgliedschaft

Wer Christ ist und aktiv die Anliegen der GWE unterstützen möchte, kann einen Antrag auf Mitgliedschaft beim Vorstand stellen.

Bitte teilen Sie uns Adressänderungen rechtzeitig mit.

Impressum

Herausgeber:

Gesellschaft zur Förderung von Wirtschaftswissenschaften und Ethik e.V. (GWE)

Prof. Dr. Christian Müller, Dr. Matthias Vollbracht

c/o Institut für Ökonomische Bildung

Universität Münster

Scharnhorststraße 100

48151 Münster

Tel. +49 (0)175 1117055

E-Mail: info@wirtschaftundethik.de

Internet: <http://wirtschaftundethik.de>

Bankverbindung:

Sparda-Bank Nürnberg e.G.

IBAN: DE82 7609 0500 0001 0210 60

BIC: GENODEF 1S06

Herstellung & Versand

Layout: Jürgen Bogedain

Druck: Müller Fotosatz&Druck GmbH

Johannes-Gutenberg-Str. 1

95152 Selbitz/Hochfranken

Telefon +49 (0)92 80 /971-0

www.druckerei-gmbh.de

Wirtschaft & Ethik erscheint halbjährlich.

Die in den einzelnen Beiträgen vertretenen Ansichten stellen nicht unbedingt die Meinungen der Redaktion und/oder der GWE insgesamt dar.

Die EZB hat ein wachsendes Glaubwürdigkeitsproblem

von Matthias Vollbracht



Eine Analyse der Berichterstattung über die Europäische Zentralbank und von Ökonomenzitate in deutschen Leitmedien.

Mit dem Satz „Im Rahmen unseres Mandats ist die EZB bereit, alles Notwendige zu tun, um den Euro zu erhalten. Und glauben Sie mir, es wir genug sein“ – in der englischen Kurzfassung „Whatever it Takes“ bei der Global Investment Conference in London am 26. Juli 2012¹ ist der damalige Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, in die Geschichtsbücher eingegangen. Draghi hatte erkannt, dass eine glaubwürdige Kommunikation notwendig ist, um die Finanzmärkte zu überzeugen, dass die EURO-Zone nicht zerbrechen wird, weil an den Märkten die Zinsen für die Staatsschuldtitel der EURO-Länder deutlich auseinander geklafft waren.

Die Märkte haben sich beruhigt und die hoch verschuldeten EURO-Länder haben seither von niedrigen Zinsen profitiert und viele Milliarden an Zinsen gespart. Das war möglich, weil sich parallel auch die Inflation niedrig gehalten hat. Noch während der Corona-Pandemie kommunizierte die EZB, ihr größeres Problem sei es, das selbst gesetzte Ziel von 2% Inflation zu erreichen.

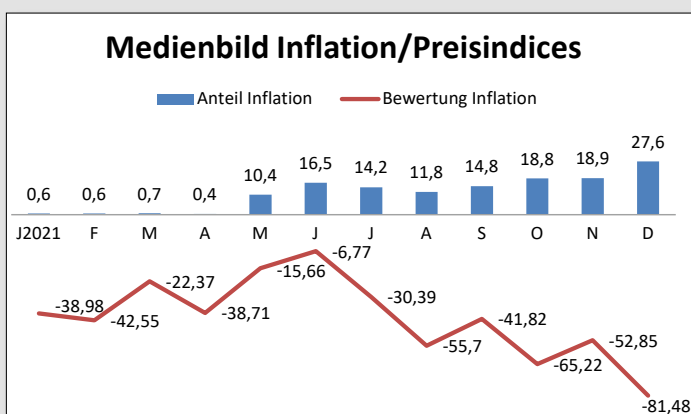
Inzwischen gibt es deutliche Hinweise darauf, dass die EZB mit ihrer Kommunikation stark an Glaubwürdigkeit verloren hat. Dies soll an einigen Beispielen aus der wissenschaftlichen Medieninhaltsanalyse des Instituts Media Tenor (Zürich) deutlich gemacht werden.

Die Medien haben die Berichterstattung über Inflation stark ausgebaut

Bis zum April 2021 hat Inflation in der Darstellung der Wirtschaftslage in Deutschland praktisch keine Rolle gespielt. Es wurde zwar über deutliche Preissteigerungen im Immobiliensektor berichtet, die wurden aber nur selten als gesamtwirtschaftliches Problem dargestellt.

Mit dem Mai 2021 hat sich das Bild allerdings gedreht. Neben Informationen über das Konjunkturklima, den Arbeitsmarkt oder den Wirtschaftsstandort machten Informationen über Inflation auf einmal zehn Prozent aller Beiträge zur Wirtschaftslage aus. Bis zum Jahresende stieg der Anteil auf 27,6 Prozent. Annähernd jeder dritte Beitrag befasste sich mit Inflation. Hinzu kommt, dass die Inflation in den Medien nur im Mai und Juni ausgewogen „geframt“ wurde. In dieser Zeit gab es noch Überschriften, die die Preissteigerungen als temporäres Problem bezeichneten. Ab Juli 2021 änderte sich das deutlich und der Ton wurde schärfer – zum Jahresende und noch vor dem russischen Angriff auf die Ukraine lag der Saldo von positiven und negativen Darstellungen bei -81,48 Prozentpunkten.

Thementrends, Januar 2021 – Dezember 2021*: Stellenwert von Inflationsthemen an Wirtschaftslage-Berichterstattung, Bewertung

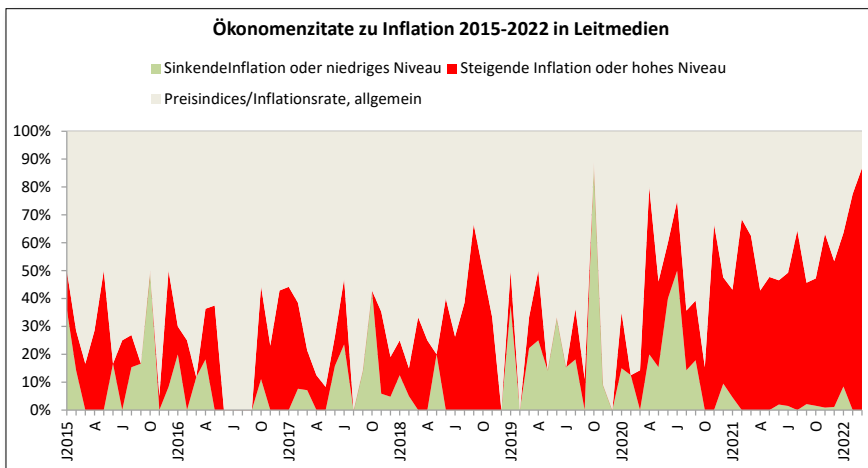


Mehr als ein Viertel der Wirtschaftslage-Berichte Anfang Dezember haben Inflation als Hauptthema. Die Bewertungen sind dramatisch negativ. Entsprechend steigt der Druck auf die EZB massiv an, die lose Geldpolitik einzuschränken.

Basis: 9.057 Berichte über die Wirtschaftslage in 20 Medien: * bis 12.12.2021

Die Ökonomen-Zitate in den Medien widersprechen der Kommunikation der EZB

Die Auffassung, dass Staatsschulden legitimes Mittel der Wirtschaftspolitik sind, haben durch die Anhänger der New Monetary Theory auch in den Medien



Basis und Quelle: Ökonomen Zitate in deutschen Leitmedien; 59020 Zitate insgesamt, 2016 zum Inflation in 40 Medien

an Popularität gewonnen. Vielen Politikern kommt das zupass. Allerdings muss Politik in den Medien „verkauft“ werden, wenn sie der Vertrauensbildung und dem Wahlerfolg dienen soll. Dafür ist es notwendig, dass die anderen Stimmen in den Medien, die von der Bevölkerung als glaubwürdig eingeschätzt werden, der Kommunikation offizieller Stellen wie der EZB nicht dauerhaft und deutlich widersprechen. Die Verfolgung aller Zitate von Volkswirten in 40 deutschen Leitmedien zeigt indes, dass die große Mehrheit der Ökonomenzitate steigende oder hohe Inflation thematisiert. Die Kommunikation der EZB, die lange die Inflationstendenzen als vorübergehendes Phänomen charakterisierte, steht im Widerspruch zu diesem Meinungsklima. Damit ist die EZB nicht nur mit hoher Aufmerksamkeit und negativer medialer Tendenz zu Inflation konfrontiert, sondern auch mit

einer Fülle an Expertenstimmen, die die EZB-Einschätzung direkt oder indirekt anzweifeln.

Das Image der EZB verschlechtert sich

Die Meinungskluft beim Thema Inflation hat schließlich maßgeblichen Anteil daran, dass die EZB direkt kritisiert wird, oder auch zu einem Schwenk in der Geldpolitik aufgefordert wird. Während das Medienbild im Jahr 2020 noch fast ausgewogen war (Überhang negativer über die positiven Wertungen von 5,25 Prozentpunkten), lag der Saldo in den ersten Wochen des Jahres 2022 bei -27,89. Dagegen verzeichnet die Bundesbank unter ihrem neuen Präsidenten Nagel einen Imagezuwachs in den Medien – gerade auch als wahrgenommene Gegenstimme zur EZB.

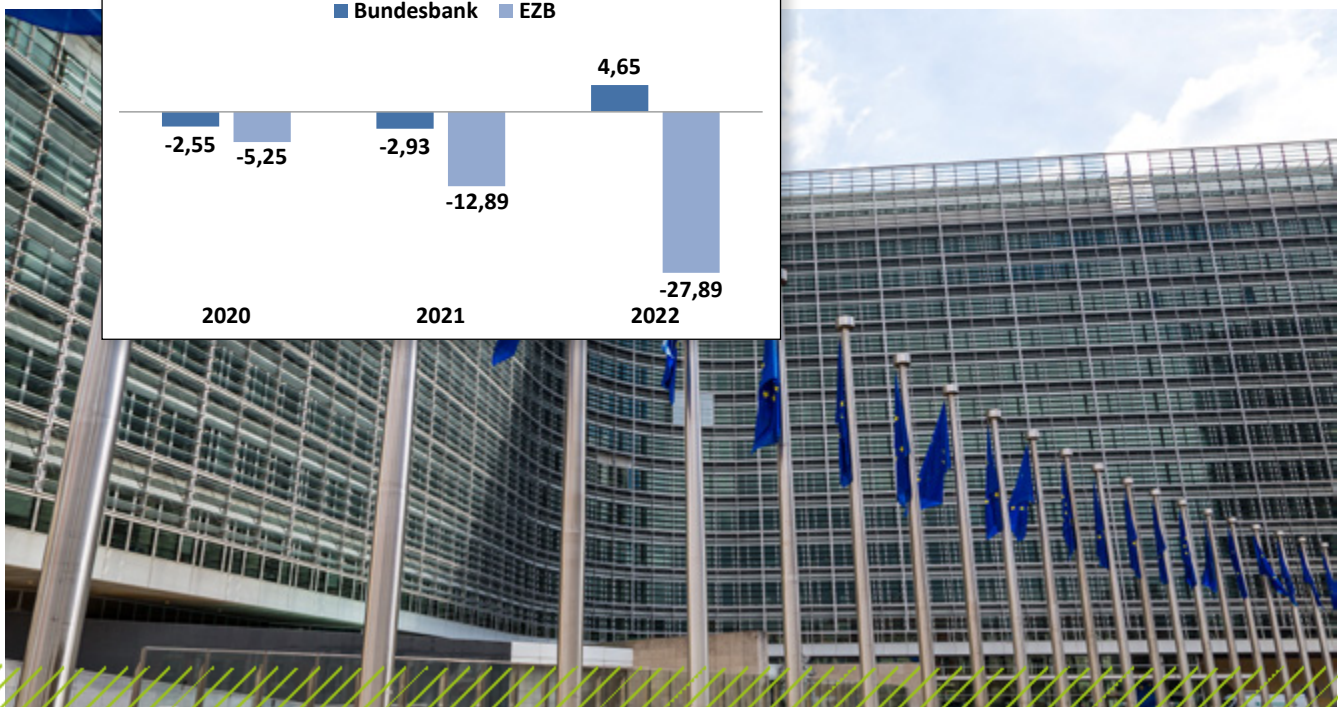
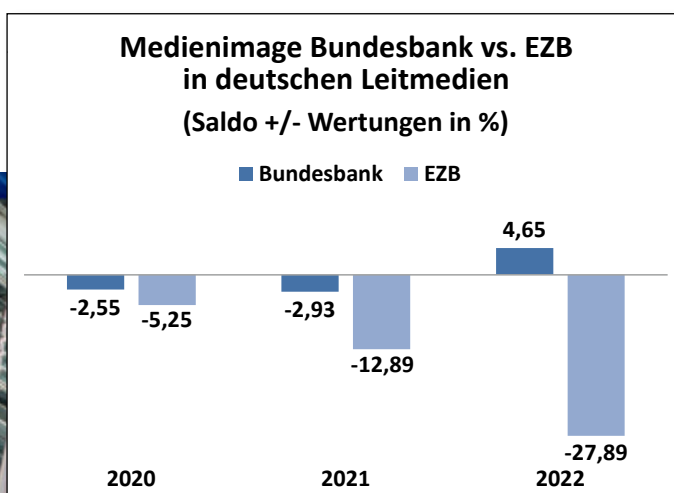
Fazit

Die EZB hat die Aufgabe, die Geldpolitik in allen EURO-Ländern zu steuern. Deren Gegebenheiten sind bis heute sehr unterschiedlich und eine deutliche Straffung der Geldpolitik könnte einige Länder in Schwierigkeiten bringen. Das negative Meinungsklima in der größten Volkswirtschaft der EURO-Zone kann der EZB allerdings nicht egal sein. Der Vorgänger der heutigen Präsidentin hatte das zumindest erkannt und um das Vertrauen der Deutschen geworben – nicht zuletzt durch seinen Auftritt vor dem Bundestag im Oktober 2012.



Dr. Matthias Vollbracht

ist Ökonom und Medienwissenschaftler. Nach dem Studium in Mainz (Abschluss Diplom-Volkswirt) arbeitete er zunächst als Journalist und seit 1994 als verantwortlicher Researcher für Wirtschaft beim Medienforschungsinstitut Media Tenor (Zürich/Wien). Matthias Vollbracht arbeitet im Vorstand der GWE als Schriftführer mit, ist verheiratet, hat drei erwachsene Kinder und lebt bei Bonn.



Josef Spindelböck

Der verwandelnde Einfluss des Christentums auf die Kultur

Rezension zu: Jörg Lauster, *Die Verzauberung der Welt. Eine Kulturgeschichte des Christentums*, München 2021, Verlag C.H. Beck, 978-3-406-66664-3, 734 Seiten, 89 Abbildungen.

Bereits in siebter Auflage ist das vom evangelischen Professor für Systematische Theologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München, Jörg Lauster, verfasste Buch „Die Verzauberung der Welt“ inzwischen erschienen (erstmalig wurde es 2014 vorgelegt). Dies spricht sowohl für das Grundanliegen, eine „Kulturgeschichte des Christentums“ anzubieten, als auch für die besondere Art und Weise der Durchführung eines solchen Projektes, das man – wie der Autor selber humorvoll anmerkt – nur im „Zusammentreffen von Neugier, leichtsinniger Bereitschaft und einer sich bietenden Gelegenheit“ (621) auf sich nehmen kann.

Der Titel des Werkes „Die Verzauberung der Welt“ ist in Anlehnung an das vom Autor mit Lob bedachte Buch von Jürgen Osterhammel „Die Verwandlung der Welt“ (München 2009) gewählt worden. Der Geist der christlichen Religion lässt etwas spüren von der Gegenwart Gottes; es ist die Erfahrung einer grundlegenden Güte, welche die Welt durchstrahlt und die einer allzu nüchternen Betrachtung der Wirklichkeit einen heilsamen Kontrapunkt entgegengesetzt. Es ist eine Grundthese des Autors, dass dem Christentum als solchem ein unverrechenbarer Überschuss seines Gehaltes und seiner Ausdrucksweisen zukommt, der von keiner Kulturform erschöpfend dargestellt werden kann. Letztlich ist es der christliche Geist, welcher immer wieder kulturschöpferisch tätig ist und sich auf verschiedene Weise ausdrückt.

In elf Kapiteln geht Jörg Lauster ein auf die Kulturgeschichte der christlichen Religion. Die thematische Bandbreite ist beachtlich: „Das Geheimnis des Anfangs“ (19-36) widmet sich der Person und dem Wirken Jesu. Die Ergebnisse der historisch-kritischen Exegese werden in Kürze präsentiert. Dabei nimmt der Autor eine mittlere Position ein zwischen einem Standpunkt der Entmythologisierung, wie ihn Rudolf Bultmann repräsentiert, und einer fundamentalistischen Bibelinterpretation, wie sie vor allem evangelikalen Christen zu eigen ist. Lauster folgt im Wesentlichen der Darstellung von Gerd Theißen und Annette Merz (*Der historische Jesus. Ein Lehrbuch*, Göttingen 2011), die er als zuverlässig einschätzt. Verglichen mit dem katholischen Verständnis der Heiligen Schrift zeigen sich hier gewisse Unterschiede, was z.B. die Amtsfrage betrifft oder auch die jungfräuliche Geburt Jesu bzw. das Verständnis seiner Wundertaten.

Der Abschnitt „Eine neue Religion entsteht“ (37-90) geht ein auf das geschichtliche Werden des Christentums, auf dessen Säulen (wie Bibel, Gottesdienst und Sakramente) und auf die mit dem Christentum verbundene kulturelle Revolution, die sich in einem grundlegenden Wandel der Mentalität, aber auch in der fortlaufenden Prägung von Institutionen und Lebensformen zeigt.

Im Kapitel „Die Macht der Sieger“ (91-128) wird auf die Konstantinische Wende und die damit verbundene Neudefinition der Rolle der Kirche in Bezug auf das politische Gemeinwesen eingegangen. Innerkirchliche Klärungen dogmatischer Art und damit verbundene Abgrenzungen gegenüber häretischen Strömungen werden in ihrer historischen Notwendigkeit zur Dar-

stellung gebracht. Freilich sieht Jörg Lauster ein allzu wörtliches Dogmenverständnis als überholt an. Die Ablösung von der Metropole Rom durch Konstantinopel wird relativ kurz gewürdigt.

Das vierte Kapitel steht unter dem Leitmotto „Blühende Finsternis. Die Christianisierung Europas (129-170). Vieles, was das antike Erbe ausmachte, ging im frühen Mittelalter verloren oder wurde lange Zeit vergessen. Für die Mission der germanischen Völker stellten sich der Kirche neue Herausforderungen und Aufgaben. Lauster kann jedoch aufzeigen, dass dies nicht einfach eine „wilde“, kulturlose Zeit bedeutete. Die Geburt neuer Imperien im Westen (wie des fränkischen Großreiches) und im Osten (Byzanz, aber auch die muslimische Eroberung) werden thematisiert. Das Buch geht ein auf den kulturellen Beitrag der Klöster als „Wiege des Abendlandes“ sowie auf die Missionsarbeit der Angelsachsen, vor allem des heiligen Bonifatius, und hebt die karolingische Renaissance und die damit verbundene Buchkultur sowie die angezielte Hebung des Bildungsstandes der Menschen hervor.

Das fünfte Kapitel trägt den Titel „Der Aufstieg des Abendlandes“ (171-244). Hier zeigt der Autor, dass das Mittelalter keineswegs eine durchgehend „dunkle“ Zeit war, wie dies von Aufklärern behauptet wurde. Thematisch geht Jörg Lauster hier ein auf die Konzeption einer christlichen Weltherrschaft im Dualismus von Papst und Kaiser; sowohl historische als auch ideelle Gesichtspunkte kommen zur Sprache. Auf Aspekte einer „Kultur der Gewalt“ wird im Hinblick auf die Kreuzzüge sowie die Ketzerverfolgung und Inquisition Bezug genommen. Dann aber wird – um die große Spannweite dieser christlich geprägten Zeit auszuloten – die Gestalt des heiligen Franz von Assisi und das Ideal des von seinem Orden verkörperten Geistes der Armut und der Nachfolge Christi dargestellt; geistesgeschichtlich bedeutsam ist die Scholastik (mit Vertretern wie Petrus Abaelardus, Thomas von Aquin, Bonaventura sowie Johannes Duns Scotus) und die damit verbundene Institutionalisierung von Wissen und Unterricht an den Universitäten. Kunstgeschichtlich weisen die Kathedralen der Gotik gegen Himmel und bringen die göttliche Ordnung zum Ausdruck. Dantes göttliche Komödie leistet Ähnliches im Bereich der Literatur.

Auf das „Christentum der Renaissance“ geht ein weiteres Kapitel „Wiedergeburten“ (245-294) ausführlich ein. Sowohl die philosophische und theologische Entwicklung und Neubesinnung als auch die „Macht der Bilder“ und Bauten, exemplarisch dargestellt vor allem bei Raffael und Michelangelo, kommen zur Sprache.

„Alles fließt“: So lautet das siebte Kapitel über die „Reformationen des Christentums“ (295-334). Diese Unterscheidung im Plural ist dem Autor wichtig, denn er behandelt hier nicht nur Martin Luther als jenen Mönch, der theologisch zum „Revolutionär“ geworden ist, sich dann aber von manchen Geistern, die er rief, abgrenzen musste (wie der radikalen Reformation der Täufer und Schwärmer sowie der gewaltsamen Bauernher-



bung). Thema ist auch die humanistische Reformation (Erasmus von Rotterdam, Philipp Melancton), dann die Ausprägungen der Reformation bei Zwingli und Calvin, die Problematik der Fürstenreformation sowie die katholische Antwort auf diese Krisen und Herausforderungen, was Jörg Lauster als „katholische Reformation“ bezeichnet (besser wäre hier der Begriff der „katholischen Reform“). Auf die vielschichtigen Kulturfolgen dieser reformatorischen Bewegungen geht der Autor ausdrücklich ein.

„Die Wucht des Barock“ ist das Thema des achten Kapitels (335-400). Geschichtlich bedeutend ist der Aufbruch der christlichen Seefahrer zur Entdeckung neuer Länder und Kontinente und die darauffolgende Kolonialisierung und Missionstätigkeit. Lauster zeigt das kritische Potential der christlichen Missionare auf, die nicht einfach alle Tätigkeiten der Eroberer „absegneten“, sondern sich – so wie Bartolomé de Las Casas oder die Jesuiten in Paraguay – für die Rechte der einheimischen Bevölkerung einsetzten. In Europa kam es zur selben Zeit zu einer Entfesselung der Gewalt im Dreißigjährigen Krieg, bei dem sowohl konfessionelle, als auch politisch-gesellschaftliche und ökonomische Faktoren eine Rolle spielten. Weit verbreitet war in gewissen Kreisen der Hexenglaube (und dies durchaus nicht immer mit Unterstützung der Kirche), was sich in schlimmen Verfolgungen auswirkte. Lauster bemüht sich um einen differenzierten Standpunkt, indem er z.B. den Kritiker der Hexenprozesse Friedrich von Spee SJ würdigt. All dies bildet den Hintergrund für die Entfaltung der Barockkultur als „Rausch der Sinne“ und die „Barockkultur des Auges“ in der Malerei, der bildenden Kunst und der Architektur sowie als Inbegriff einer „Barockkultur des Ohres“ und einer „Harmonie des Universums“ in der Barockmusik und im Kirchenlied.

Ob die Aufklärung wirklich eine so erleuchtete Zeit war, wie dies ihre Vertreter behaupteten, darf aufgrund der Analyse dieser Periode im Kapitel „Das Licht der Aufklärung und das Christentum“ (401-444) zumindest teilweise in Frage gestellt werden. Thematisiert wird vor allem das von den Aufklärern exklusiv in die menschliche Vernunft gesetzte Vertrauen als Versuch, einer selbstverschuldeten Unmündigkeit zu entkommen (Immanuel Kant, Jean-Jacques Rousseau). Deistische, aber dennoch aufgrund des moralischen Gehalts der Religion bis zu einem gewissen Grad christentumsfreundliche, jedoch auch grundsätzlich religionskritische und atheistische Versionen des Aufklärungsdenkens begegnen hier. Eingegangen wird auch auf die Anliegen der Pietisten und der Puritaner, was literaturgeschichtlich die Bedeutung des Romans enorm aufgewertet hat (wie beispielsweise die fiktive Geschichte des Robinson Crusoe, verfasst von Daniel Defoe).

Jörg Lauster befasst sich im zehnten Kapitel mit der „Metamorphose des Christentums in der Sattelzeit“ (445-500). Im Hintergrund steht die Französische Revolution, die im Namen der Toleranz sich bald in deren Gegenteil verkehrte, was sich in der blutigen Christenverfolgung auswirkte. Dennoch war die christliche Religion nicht tot, sondern sie lebte in teilweise neuen Formen wieder auf, was sich insbesondere im Geist der Romantik zeigte. Auch Goethes Weltfrömmigkeit wird einer Analyse unterzogen; dessen Denken kann jedoch nur mehr in Ansätzen als christlich wahrgenommen werden.

Schließlich geht es im elften Kapitel um das „vervielfältigte Christentum im 19. und 20. Jahrhundert“ (501-614). Die Säkularisierung führte zu einer Vervielfältigung religiöser Haltungen, konstatiert der Autor. Dennoch wird die sogenannte Säkularisierungsthese nicht mehr aufrechterhalten, wonach das Christentum einem Prozess fortschreitenden Verschwindens ausgeliefert wäre. Es lassen sich kirchliche Aufbrüche und Dynamiken vor

allem in Ländern feststellen, die ehemals Missionsgebiete waren. In diesem Kapitel geht Jörg Lauster ein auf katholische Abwehrkämpfe gegen die Moderne und den Kulturprotestantismus, mit dem er sich weitgehend identifiziert. Eine bürgerliche Religion ohne Gott wurde von Arthur Schopenhauer und auch von David Friedrich Strauß vertreten. Der kämpferische Atheismus von Friedrich Nietzsche, Karl Marx und Sigmund Freud hat sich in den Ideologien und Totalitarismen des 20. Jh. weiterentwickelt, die zu verheerenden Auswirkungen auf Christen in aller Welt geführt haben. So ist das 20. Jh. zum Jahrhundert der meisten Märtyrer in der Geschichte des Christentums geworden. Manche wollen Gott in der Natur finden, was sich auch in kultureller Hinsicht auswirkt; die Natur wird aber auch als Argument gegen Gott angeführt (Darwinismus). Dass eine religiöse Verwandlung der Kultur auch in der Neuzeit und der Gegenwart möglich ist, wird aus Musik, Kunst und Literatur belegt. Auf eine genauere und umfassende Analyse der Gegenwart verzichtet der Autor bewusst, da dies zu komplex ist und man sich als unmittelbar Betroffener schwerer tut, gültige Urteile zu fällen.

„Nothing is ever lost“, heißt es zum Schluss: Dies bringt die Grundüberzeugung des Autors zum Ausdruck, dass sich der Geist des Christentums in immer neuen Formen zeigt und der christliche Glaube als solcher nicht überholt ist, sondern auch kulturell in die Zukunft weist.

Der Durchgang durch die Geschichte des Christentums und der Kirche (bzw. in ökumenischer Hinsicht auch der christlichen Konfessionen) ist spannend und lehrreich zugleich. Kaum einem Thema weicht der Autor aus, auch wenn manches nur in Kürze behandelt werden kann. Dabei bedient sich Lauster meist gut recherchierter Sachinformationen und verwendet entsprechend solide Werke, sodass die Übersicht über die Quellen und die verwendete Literatur hilfreich ist für weitere Studien und Lektüre. Angesichts der Fülle des verarbeiteten Materials ist es dem Autor nachzusehen, dass er vieles nur ordnend zusammentragen kann, ohne selber ein Experte für alles und jedes sein zu wollen. Zu kurz kommt die katholische Soziallehre, welcher der Autor nur wenige Seiten widmet (554-556).

Insgesamt ist das Buch lehrreich und lesenswert; es eröffnet neue Zugänge und verbreitert den Horizont im Hinblick auf all das, was als Ausdruck menschlicher Tätigkeit zur Kultur im weitesten Sinne gehört. Insbesondere mag es gerade auch säkular denkende Zeitgenossen herausfordern, sich den Ansprüchen und Verheißungen der christlichen Botschaft zu öffnen, deren kulturelle Ausprägung und Wirksamkeit kaum zu überschätzen ist. So bestätigt sich im Durchgang durch die Geschichte, was Heinrich Böll in etwa so ausgedrückt hat: Er würde die schlechteste christliche Welt der besten heidnischen Welt vorziehen, da es nur im Christentum Raum gibt für Behinderte und Kranke, Alte und Schwache, ja sogar Liebe für jene, die in einer heidnischen und gottlosen Welt als nutzlos erscheinen.



Dr. theol. habil. Josef Spindelböck
ist Professor für Moraltheologie an der Phil-Theol. Hochschule der Diözese St. Pölten sowie a.o. Professor an der Katholischen Hochschule ITI in Trumau.



Über Sinn und Unsinn von nachhaltigen Lieferketten

Julia Hartmann, Professorin für Wirtschaft und Nachhaltigkeit, EBS Universität für Wirtschaft und Recht

Foto: signelements.com

Die Kritik am geplanten Lieferkettengesetz der Europäischen Union ist groß. Zahlreiche Wirtschaftsverbände und Unternehmer verweisen darauf, dass die Implementierungskosten unverhältnismäßig hoch seien im Vergleich zur erwarteten geringen Wirkung. Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion geht vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine sogar soweit, das Lieferkettengesetz als „Gift für die Konjunktur“ zu bezeichnen (Greive et al., 2022 (8 March)). Die Annahme ist, dass ein Gesetz wie das von der EU vorgeschlagene für die betroffenen Unternehmen (hier Einkäufer) einseitig Kosten verursacht, aber weder einen ökonomischen Nutzen für die Einkäufer mit sich bringt, noch zu einer Verbesserung sozialer oder ökologischer Bedingungen in der Lieferkette führt.

Ziel dieses Beitrages ist es, diese Annahmen auf ihre Haltbarkeit hin mit wissenschaftlichen Ergebnissen zu überprüfen. Ist die Wirkung eines Lieferkettengesetzes auf die Lieferanten tatsächlich so gering, wie von den Gegnern einer solchen Verpflichtung vorgebracht wird? Und haben die betroffenen Unternehmen tatsächlich nichts davon?

Tatsächlich ist die Wirkung unternehmerischer Kaufentscheidungen auf das Verhalten von Lieferanten signifikant und dabei spielt es weniger eine Rolle, ob es sich dabei um ein kleines oder ein großes Unternehmen handelt, sondern vielmehr, wie die Beziehung zwischen den an der Lieferkette beteiligten Unternehmen ausgestaltet ist.

Lassen Sie uns dazu eine wissenschaftliche Analyse von Emissionen in Unternehmen und deren Wertschöpfungsketten ansehen. Im Durchschnitt sind die Emissionen, welche in der Lieferkette eines Unternehmens entstehen, fünf bis sechs Mal so hoch, wie diejenigen, die im Unternehmen selbst entstehen (CDP Carbon Disclosure Project, 2019). Das liegt zum Beispiel daran, dass Produktionsstandorte in Deutschland oft technisch moderner sind als beispielsweise in Pakistan und dementsprechend weniger Energie benötigen. Das bedeutet, dass in der Lieferkette eines Unternehmens ein enormes Potenzial schlummert,

um Emissionen zu reduzieren. Aber die meisten Unternehmen sind sich dessen gar nicht bewusst. In einer Langzeitstudie unter mehreren hundert Unternehmen fanden ein Doktorand und ich heraus, dass die Integration von ökologischen Kriterien in die Einkaufsstrategie und das Lieferantenmanagement zu einer erheblichen Reduktion der Emissionen in der Lieferkette führt. Im Schnitt betrug die Einsparung 17% pro Jahr. In Zeiten, in welchen Klimaemissionen mit einem Preis versehen werden, bergen die Lieferketten also ein signifikantes, finanzielles Einsparpotenzial (Eggert and Hartmann, 2021).

Ein weiteres wissenschaftliches Ergebnis, das für wirtschaftliche Entscheider relevant sein dürfte, ist, dass Unternehmen mit einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Einkaufsstrategie deutlich besser durch die Pandemie gekommen sind. In dieser Studie haben wir untersucht, ob sich die Aktienkurse während der Pandemie von Unternehmen mit einer solchen Strategie im Vergleich zu denjenigen ohne unterschiedlich entwickelt haben. Das Ergebnis: Nachhaltige Unternehmen waren weniger lang und weniger stark von Einbrüchen des Aktienkurses betroffen. Offensichtlich hatten Investoren den Eindruck, dass diese Unternehmen strategisch in ihrer Lieferkette besser aufgestellt sind, um mit Pandemie-bedingten Problemen in der Lieferkette umzugehen (Eggert and Hartmann, 2022).

Wir haben diese statistischen Ergebnisse mit Vertretern aus der Praxis reflektiert, um besser einschätzen zu können, warum Unternehmen mit einer nachhaltigen Beschaffungsstrategie besser durch die Pandemie kamen. Diese erklärten, nachhaltiger Einkauf bedeute eben nicht, dass man Lieferanten Vorschriften darüber macht, welche ökologischen oder sozialen Ziele sie zusätzlich zur Kostenreduktion erreichen müssen. Es sei vielmehr eine andere Art der Zusammenarbeit mit Lieferanten, die viel direkten Austausch, Technologietransfer und Wissensvermittlung beinhaltet. Der Lieferant wird als Partner gesehen und Ziele mit attraktiven Anreizen incentiviert, zum Beispiel mit langfristigen Lieferverträgen. Das schafft gegenseitiges Vertrauen in die Beziehung. In der Pandemie haben diejenigen Lieferanten,

die schon vorher eine solch starke Beziehung zu ihren Kunden aufgebaut haben, dies honoriert, indem sie diese Unternehmen in der Krise bevorzugt beliefert haben.

Es wäre übrigens nicht verwunderlich, wenn man diese Ergebnisse vor zehn Jahren so nicht herausgefunden hätte. Damals sprachen wenige Unternehmen über Nachhaltigkeit und Prozesse wurden kaum verändert. Aber seit einiger Zeit spüren Unternehmen bereits erste Folgen des Klimawandels. Die immerwährende Verfügbarkeit erneuerbarer Rohstoffe ist ins Wanken geraten. Produktionsstätten brennen ab oder werden überflutet. Der Kampf um nicht-erneuerbare Rohstoffe wird schärfer und treibt Preise stetig nach oben. Das zwingt immer mehr Unternehmen zum Handeln und die meisten Ansätze dazu greifen noch zu kurz, um den Problemen tatsächlich gerecht zu werden. Die Tatsache, dass Investoren inzwischen ebenfalls auf solche Änderungen reagieren und nachhaltige Unternehmen besser bewerten, ist ein Hinweis darauf, dass dies in Zukunft noch mehr werden könnte, was die Wirtschaftlichkeit eines solchen Ansatzes noch unterstreicht.

Mit Blick auf das Sorgfaltspflichtengesetz in Deutschland oder das nun vorgeschlagene Gesetzesvorhaben der EU bleibt zu sagen, dass beide Gesetze die Dringlichkeit des Problems nur hervorheben. Die Aufgabe ist weder unlösbar, wenn auch – zugegebenermaßen – nicht einfach, noch schafft sie keinen Mehrwert. Im Gegenteil, die zitierten Studien belegen, dass sowohl Einkäufer als auch Lieferanten Vorteile von nachhaltigen Wertschöpfungsketten haben. Heute können Unternehmen noch von einem Wettbewerbsvorteil durch Nachhaltigkeit in der Wertschöpfungskette profitieren. Langfristig gesehen scheint sie jedoch alternativlos.

Referenzen:

CDP Carbon Disclosure Project. 2019. Changing the Chain. Making environmental action in procurement the new normal. Accessed: 26 January 2022, <https://www.cdp.net/en/research/global-reports/changing-the-chain>.

Eggert, J. and J. Hartmann. 2021. Purchasing's contribution to supply chain emission reduction. *Journal of Purchasing and Supply Management* 27 (2): 100685.

Eggert, J. and J. Hartmann. 2022. Sustainable Supply Chain Management – a Key to Resilience in the Global Pandemic. *Supply Chain Management: An International Journal* forthcoming

Greive, M., C. Herwartz and F. Specht. 2022 (8 March). „Giftliste“ der EU-Bürokratie – Unions-Wirtschaftsflügel fordert Belastungsmoratorium, Handelsblatt. <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/regulierung-giftliste-der-eu-buerokratie-unions-wirtschaftsfluegel-fordert-belastungsmoratorium/28141712.html>. Berlin, Brüssel



Julia Hartmann

ist Professorin für Management und Nachhaltigkeit an der EBS Universität für Wirtschaft und Recht. Sie ist Expertin für Klimaschutz- und entsprechende Anpassungsstrategien, Energiewende, nachhaltiges Lieferkettenmanagement, soziale Verantwortung von Unternehmen, ESG-Berichterstattung und Compliance. In der Forschung greift sie auf ein

breites Arsenal an empirisch quantitativen Methoden zurück, darunter Natural Language Processing und maschinelles Lernen, Multilevel Modelling, und Advanced Analytics. Ihre Forschung wurde in hoch angesehenen, von Experten begutachteten akademischen Zeitschriften zur Veröffentlichung angenommen, darunter unter anderem *Journal of International Business Studies*, *Journal of Business Ethics*, *Academy of Management Discoveries* und *Journal of Operations Management*. Sie ist eine leidenschaftliche Dozentin für Corporate Social Responsibility, Umwelt- und Stakeholder-Management, Corporate Governance, empirische Datenerhebungstechniken und Datenanalyse. Sie ist Beraterin für ESG-Leadership und Transformation und Meinungsführerin zu ESG in Fernsehen, Radio, Podcasts, Panels usw.